

Hartz IV

»Ich warne, das System infrage zu stellen«

Detlef Scheele, 61, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, über ein »solidarisches Grundeinkommen« und die Kritik an Hartz IV



HCP/LAMBECK

SPIEGEL: Gehört Hartz IV abgeschafft, wie gerade diskutiert wird?

Scheele: Es gibt die Grundsicherung für Arbeitssuchende seit fast 15 Jahren. Da ist es vernünftig zu schauen, ob noch alles zeitgemäß ist. Ich warne aber davor, das ganze System infrage zu stellen. Dafür gibt es keinen Anlass, weil wir Erfolge haben. Es geht darum, Schwachstellen zu beheben.

SPIEGEL: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller fordert ein »solidarisches Grundeinkommen«: Hartz-IV-Empfänger sollen gegen Zahlung eines Mindestlohns mit gemeinnützigen, staatlich subventionierten Jobs versorgt werden. Ergibt das Sinn?

Scheele: Der Name ist problematisch. Er ist nah am Begriff des »bedingungslosen Grundeinkommens«, aber hat nichts damit zu tun. Er weckt Erwartungen, die er nicht erfüllen kann. Lassen Sie uns lieber anpacken und umsetzen, was im Koalitionsvertrag steht, da sind Mittel für einen sozialen Arbeitsmarkt eingestellt, darum sollten wir uns kümmern.

SPIEGEL: Für wen ist der gedacht?

Scheele: Es geht um Menschen, die so große Probleme haben, dass sie so gut wie keine Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt haben. Denen müssen wir befristet sozialversicherungspflichtige

Jobs auf einem sozialen Arbeitsmarkt anbieten, um ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

SPIEGEL: In Deutschland gibt es derzeit rund 845 000 Langzeitarbeitslose, für wie viele käme eine solche Maßnahme infrage?

Scheele: Man darf den sozialen Arbeitsmarkt nur denen anbieten, die es sehr schwer auf dem normalen Arbeitsmarkt haben. Das sind unseren Forschern zufolge bis zu 200 000 Personen. Bei allen anderen muss man sich bemühen, durch abschlussorientierte Qualifizierung, Ausbildung und Vermittlung einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu bauen.

SPIEGEL: Wie soll das gelingen?

Scheele: Man muss die Betroffenen intensiver betreuen. Bei drei Pilotprojekten von uns hat sich die Vermittlungsquote verdoppelt, wenn unsere Vermittlungsfachkräfte die Menschen häufiger gesehen haben. Es geht doch nicht darum, Menschen in einem sozialen Arbeitsmarkt zu »parken«, sondern in reguläre Arbeit zu bringen. Bevor wir uns in Wortspielereien wie »Grundeinkommen« ergehen, sollten wir uns um solche Instrumente kümmern.

SPIEGEL: Welche Reformen halten Sie für vordringlich?

Scheele: Von dem Geld, das wir in der Grundsicherung erhalten, geben wir, vereinfacht gesagt, 38 Prozent für die Eingliederung der Menschen aus und 62 Prozent für die Verwaltung. Das ist ein Missverhältnis. Wir müssen das System so vereinfachen, dass wir mehr Geld und Zeit für die Vermittlung der Menschen in Arbeit haben. MAD

► **Lesen Sie auch** auf Seite 32 das SPIEGEL-Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier.

Uno-Posten

Heusgen »flankierte« nur

● Die Bundesregierung sieht kein Problem darin, dass der frühere Spitzenbeamte im Kanzleramt Christoph Heusgen seine Position nutzte, um seiner Ehefrau bei der Suche nach einem Posten bei den Vereinten Nationen zu helfen. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Anton Friesen heißt es, Heusgen habe »in seiner Eigenschaft als im Bundeskanzleramt für die internationale Personalpolitik zuständiger Abteilungsleiter« die Bemühungen der Bundesregierung um eine »politische und strategisch wichtige Stelle« für Ina Heusgen »flankiert«. Es sei aber »unzutreffend, dass Frau

Dr. Heusgen ihre Stelle aufgrund seiner Flankierung bekam« – letztlich habe sie ja einen anderen Posten angetreten als den, den ihr Mann für sie angestrebt hätte. Christoph Heusgen, heute deutscher Botschafter bei den Vereinten Nationen, hatte Ende 2016 von seiner Dienstadresse im Kanzleramt die designierte Kabinettschefin des Uno-Generalsekretärs in einer Mail gebeten, »dabei zu helfen, dass meine Frau Ina eine Stelle im Büro des Generalsekretärs bekommt« (SPIEGEL 47/2017). Die Bundesregierung rechtfertigt dies mit den Zielen, die deutsche »Personalpräsenz in internationalen Organisationen« zu erhöhen, die Familienfreundlichkeit im öffentlichen Dienst zu stärken und Frauen zu fördern. AMA

Weißer Ring

»Gut vernetzt«

● In der Affäre um mutmaßliche Übergriffe auf Frauen beim Weißen Ring in Lübeck prüft das Innenministerium Schleswig-Holstein, ob hohe Landesbeamte versagt haben. Auslöser ist eine Mail vom 20. Juli 2017, die der Lübecker Polizeichef Norbert Trabs ins Ministerium geschickt hatte. Wie sich nach Recherchen von SPIEGEL und »Lübecker Nachrichten« herausstellt, ging sie an zwei Spitzenbeamte, die mittlerweile aus anderen Gründen nicht mehr in ihren Ämtern sind, sowie an eine heute noch aktive stellvertretende Abteilungsleiterin. Keiner von ihnen informierte die Hauspitze. Deshalb wurden alle drei aufgefordert, dienstliche Stellungnahmen abzugeben. Die Mail des Polizeichefs bezog sich auf einen Belästigungsversuch von Detlef Hardt, Chef des Weißen Rings



Holstentor in Lübeck

IMAGO STOCK&PEOPLE / IMAGO / BLICKWINKEL

in Lübeck. Darin hieß es: »Da es sich um den Vorsitzenden des Weißen Rings Lübeck handelt, der sehr gut vernetzt ist, könnte die Angelegenheit Wellen schlagen.« Der damalige Landesvorsitzende des Weißen Rings, Ex-Justizminister Uwe Döring, überlege, »wie man die Situation »geräuschlos« bearbeiten kann«. Das, meldete Trabs ins Ministerium, sei aber »nicht die Angelegenheit der Polizei«. Trotz dieser Mail blieb Hardt, früher Polizist, noch bis November im Amt.

Auch Hardts Anwalt Oliver Dedow sorgt beim Weißen Ring für Empörung. Dedow war bisher einer von acht Juristen, die der Verein hilfesuchenden Opfern in Lübeck empfohlen hat. Der Weiße Ring hat ihn nun von der Liste gestrichen. Dedow verteidigt nicht nur den mutmaßlichen Täter, er hat kürzlich für Hardt auch Anzeige gegen unbekannt gestellt – wegen Verleumdung. Die Anzeige zielt auf Frauen, die Hardt belasten. Betroffen sein könnten also auch mutmaßliche Opfer, die Dedow früher beraten hat. Der Anwalt sieht in seinem Mandat keinen Interessenkonflikt. IT